

Petition

Der Petent und die Unterstützer fordern von den Abgeordneten des hessischen Landtags, sich umgehend mit dem drängenden Problem

Asyl, illegale Einwanderung und Schlepperkriminalität

zu befassen und zur Bewältigung zahlreicher, in diesem Zusammenhang bestehender Aufgaben, die von uns geforderten Maßnahmen zu ergreifen.

1. Einsetzung einer Enquetekommission „Asyl und illegale Einwanderung“

Von Januar bis Juni 2015 wurden in Hessen 14.407 Erstanträge auf Asyl gestellt.¹ Bis zum Jahresende werden es insgesamt mindestens 40.000 gewesen sein.² Dazu kommen noch Folgeanträge und die gerichtlichen Überprüfungsverfahren. Dies ist der aktuelle Stand in einer immer schärfer werdenden Entwicklung. Alle betroffenen Personen müssen für die Dauer ihrer Verfahren untergebracht, betreut und versorgt werden. Bis Maßnahmen wirken, welche den Zuwachs von Asylsuchenden und illegaler Einwanderung nachhaltig eindämmen, wird diese Entwicklung vorerst ungebremst weiter gehen. Die Versorgung all dieser Menschen muss, gerade im Hinblick auf den bevorstehenden Winter, sichergestellt werden.

Darüber hinaus ergeben sich zahlreiche Probleme im Hinblick auf die zunehmende Zahl von Asylberechtigten, Geduldeten und weiteren Personen, die sich dauerhaft in unserem Bundesland aufhalten werden. Gerade die angespannte finanzielle Situation in Land und Kommunen erfordern einen Interessenausgleich zwischen Ankommenden und Einheimischen.

Ein besonderes Augenmerk verdienen hierbei alle Fragen bezüglich der inneren Sicherheit und der Finanzierbarkeit von Unterbringung und Versorgung der Ankommenden.

Um diese Fragen einer sinnvollen Lösung zuzuführen genügt es nicht, die verschiedenen Ausschüsse des Parlaments oder den Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung parallel daran arbeiten zu lassen.

Das nicht mehr wegzudiskutierende Versagen der Politik in diesem Bereich hat die Probleme zu einer Herausforderung für die gesamte Gesellschaft werden lassen. Diese Querschnittsaufgabe muss entsprechend behandelt werden und einen besonderen Stellenwert für das Parlament haben.

Wir fordern die Einsetzung einer Enquetekommission „Asyl und illegale Einwanderung“ noch in diesem Jahr.

¹ BAMF Asylgeschäftsstatistik 7/15 S.5

² FAZ via www.faz.net "40.000 Asylanträge in Hessen erwartet" vom 29.04.2015

2. Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Kommunen vor finanziellen Risiken im Zusammenhang mit der Betreuung und Aufnahme von Asylbewerbern.

Das Land Hessen hilft den Kommunen bei der Finanzierung von Aufgaben im Zusammenhang mit Asylbewerbern mit so genannten gestaffelten Pauschalen.³ Die Landesregierung ist der Meinung, an diesem System festhalten zu können.

Tatsache aber ist, dass die Unterfinanzierung der Kommunen nicht mehr ignoriert werden kann.⁴

Der, auch vom Ministerpräsident unseres Bundeslandes erwartete, stark wachsende Zustrom von Asylbewerbern wird diese Situation noch verschärfen.⁵

Darüber hinaus haben die Hessen im Jahr 2011 per Volksentscheid eine Schuldenbremse in die Verfassung eingefügt.⁶

Ab 2020 darf es keine strukturelle Neuverschuldung mehr geben.⁷

Ausnahme könnte beispielsweise eine besondere Notsituation sein. Nimmt man diese im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik an, so wäre der Neuverschuldungsstopp bereits Makulatur, bevor er das erste Mal hätte wirken sollen.

Weiterhin darf es auf keinen Fall zu einem offenen Verteilungskampf zwischen Ankömmlingen und Einheimischen um die kommunalen Leistungen kommen. Dies wäre brandgefährlich, da es die ohnehin angespannte Situation noch verschärfen und in offene Konflikte münden lassen könnte.

Finanzpolitik dient in diesem Fall auch der Sicherheit aller Beteiligten.

Wir fordern, dass der hessische Landtag unverzüglich damit beginnt, dieses Problem einer tragfähigen Lösung zuzuführen!

3. Entwicklung und Umsetzung eines Maßnahmenpaketes gegen Gettoisierung und Islamisierung in Flüchtlingsaufnahmestellen und Asylheimen.

Die gemeinsame Unterbringung vieler Flüchtlinge über mehrere Monate hinweg und auf engstem Raum muss zwangsläufig eine Vielzahl sozialer Prozesse auslösen. Positive Effekte, wie der Möglichkeit des Aufbaus sozialer Bindung und daraus folgender gegenseitiger Unterstützung in einer schwierigen Zeit, sind die begrüßenswerte Seite einer solchen Situation.

Weniger begrüßenswert ist der Import religiöser und politischer Konflikte aus aller Welt in unser Bundesland. Insbesondere kommen viele Flüchtlinge aus Ländern in denen der Konflikt zwischen Muslimen und Christen sehr ausgeprägt ist.⁸ Auch sind Asylbewerber aus Regionen, in denen ein radikaler Islam zum Alltag gehört, inzwischen Realität.⁹

³ FAZ via www.faz.net "40.000 Asylanträge in Hessen erwartet" vom 29.04.2015

⁴ FAZ via www.faz.net "40.000 Asylanträge in Hessen erwartet" vom 29.04.2015

⁵ DER TAGESSPIEGEL via www.tagesspiegel.de "Länder erwarten eine Million Flüchtlinge" vom 29.08.2015

⁶ Art. 141 (4) S.1 Var.2 VerfHE

⁷ Hessisches Ministerium der Finanzen via <https://finanzen.hessen.de/haushalt/hessische-schuldenbremse>

⁸ DIE ZEIT via www.zeit.de "Der Feind im Wohnheim" vom 16.08.2014

⁹ BAMF Asylgeschäftsstatistik 7/15 S.2 "Top-Ten-Liste"

Das Landesamt für Verfassungsschutz und die Polizei arbeiten seit Jahren gegen die, in Hessen leider besonders starke, islamistische Szene.^{10 11} Diese Bemühungen dürfen nicht dadurch untergraben werden, dass diese Szene durch geduldete Personen Zuwachs erhält.

Darüber hinaus ist absehbar, dass in den nächsten Jahren ein Großteil der Asylsuchenden vorerst bei uns leben wird. Hier besteht offenkundig das Problem ein abgeschottetes Nebeneinander zu verhindern, ohne gleichzeitig eine Ausreise nach Wegfall des Asylgrundes künstlich zu erschweren.

Wir fordern vom hessischen Landtag die Entwicklung und Umsetzung eines Maßnahmenpakets gegen Gettoisierung und Islamisierung in Flüchtlingsaufnahmestellen und Asylheimen

4. Entwicklung und Umsetzung eines Maßnahmenpaketes gegen die Entstehung von Kriminalität in Flüchtlingsaufnahmestellen und Asylheimen.

Vom ankommenden Asylbewerber ist in der Regel nicht mehr bekannt, als das, was er gegenüber den Behörden über sich, seine Vergangenheit und seine Zukunftspläne behauptet.¹²

Selbstverständlich ist ein Großteil der Ankömmlinge friedlich und ebenso selbstverständlich verbietet sich die Konstruktion eines Generalverdachts. Fahrlässig wäre es allerdings, davon auszugehen, dass im Zuge der zur Zeit stattfindenden Masseneinwanderung nicht auch Kriminelle ihren Weg nach Hessen finden. Zahlreiche Polizeieinsätze im gesamten Bundesgebiet¹³ aus Anlass von Schlägereien¹⁴, Körperverletzungsdelikten¹⁵, Tötungsdelikten¹⁶ und Drogenhandel¹⁷ in Flüchtlingsheimen sprechen für sich.

Gerade in Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Zustroms von Asylsuchenden besitzt die Kriminalitätsbekämpfung in diesem Bereich eine besondere Bedeutung. Insbesondere darf die zusätzliche Belastung der Polizeikräfte nicht zu mangelhafter Arbeit im Kampf gegen die ohnehin schon existierende Kriminalität führen.

Wir fordern vom hessischen Landtag die Entwicklung und Umsetzung eines Maßnahmenpakets gegen die Entstehung von Kriminalität in Flüchtlingsaufnahmestellen und Asylheimen.

5. Entschlossener Kampf gegen Schlepperbanden – Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft.

Täglich reisen tausende Menschen über das Mittelmeer und über die so genannte Balkanroute nach Deutschland.^{18 19} Die dafür notwendige Logistik stellen Schlepper zur

¹⁰ Landesamt für Verfassungsschutz via <https://fv.hessen.de/extremismus/islamismus/islamismus-hessen-ein-ueberblick-aktueller-entwicklungen>

¹¹ Frankfurter Neue Presse via www.fnp.de "Salafistenhochburg: Frankfurt und Rhein-Main" vom 02.05.2015

¹² Mitteldeutscher Rundfunk via www.mdr.de "Über 80 Prozent der Asylbewerber kommen ohne Ausweispapiere" vom 16.07.2015

¹³ DIE WELT via www.welt.de "Polizei kapituliert vor kriminellen Flüchtlingskindern" vom 30.11.2014

¹⁴ Thüringer Allgemeine via www.thueringer-allgemeine.de "Massenschlägerei im Flüchtlingsheim Suhl: Fußballspiel geriet außer Kontrolle" vom 03.08.2015

¹⁵ Rundfunk Berlin Brandenburg via www.rbb-online.de "Flüchtlinge wegen Steinwürfen vor Gericht" vom 07.04.2015

¹⁶ DER SPIEGEL via www.spiegel.de "Wiesbaden: Frauenleiche in Asylbewerberheim entdeckt" vom 12.08.2015

¹⁷ Süd-West-Rundfunk via www.swr.de "Asylbewerber wegen Drogenhandels verhaftet" vom 11.05.2015

¹⁸ Süddeutsche Zeitung via www.sueddeutsche.de "Routen der Hoffnung, Wege der Verzweifelte" vom 19.04.2015

¹⁹ FAZ via www.faz.net "Schlepper auf der Balkanroute - Die gefährlichste Reiseroute der Welt" vom 28.08.2015

Verfügung. Am 27.08.2015 wurde in Österreich ein LKW mit 71 verstorbenen Flüchtlingen gefunden. Vier der qualvoll erstickten Personen waren Kinder.²⁰

Tausende sind bereits auf ihrem Weg nach Deutschland im Mittelmeer ertrunken.²¹ Die „Fluchthelfer“ sind nichts anderes als Personen mit hoher krimineller Energie, welche mit dem Leid und den Hoffnungen der Flüchtlinge ein umsatzstarkes Geschäft machen.²²

Diesen kriminellen Strukturen gilt es mit aller Härte zu begegnen. Hessen als das Durchfahrtsland der Republik mit seinem Verkehrsknotenpunkt Frankfurt am Main kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Die Verfolgung von Schleppern und ihren Hintermännern muss für das hessische Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaften von besonderer Bedeutung sein.

Wir fordern vom Innenministerium des Landes Hessen die Einrichtung einer „Schwerpunktstaatsanwaltschaft“ für den Kampf gegen Schlepperbanden!

6. Vollzug ausstehender Abschiebungen

Bundesweit wird nur jeder zweite unmittelbar ausreisepflichtige Ausländer auch tatsächlich abgeschoben.²³ Zwar sind in Hessen die Zahl der Abschiebungen gestiegen.²⁴ Vergewagt man sich aber, dass im laufenden Jahr mehr als 14.000 Asylanträge in Hessen gestellt wurden und davon mehr als die Hälfte von Personen aus Balkanstaaten²⁵, so ergibt sich eine Zahl von mindestens 7000 Personen die nicht asylberechtigt sind. Hessen hat bis zur Jahreshälfte nur etwas mehr als 700 unmittelbar ausreisepflichtige Personen abgeschoben.²⁶ Davon dürften, auf Grund der aufschiebenden Wirkung der Überprüfungsverfahren vor den Verwaltungsgerichten, ein nicht geringer Teil Antragsteller aus dem letzten Jahr sein.²⁷ Setzt man diese Zahlen zueinander in Beziehung, so ergibt sich offenkundig, dass ein Großteil der möglichen Abschiebungen nicht durchgeführt wird.

Verschärft wird dieser Befund durch die Tatsache, dass die unmittelbar Ausreisepflichtigen nur ein Bruchteil der abgelehnten Asylbewerber darstellen.²⁸ Ein Großteil wird zunächst mit einer Duldung versehen. Eine Strategie für den Umgang mit den Geduldeten hat leider keiner der Verantwortlichen in der hessischen Politik.

Keineswegs ist dies den Beamten zur Last zu legen, welche in diesem Bereich für das Land tätig sind.

Diesen gebührt vielmehr großer Dank für den treuen Dienst an unserem Land und die anstrengende Arbeit bis an die Belastungsgrenze.²⁹

Die Verantwortung für die - in dieser Lage zwangsläufig erfolgende - Missachtung geltenden Rechts³⁰, durch Verwaltung und Polizei, trägt die Politik!

²⁰ Tagesschau via www.tagesschau.de "Österreich nach dem Flüchtlingsdrama - 71 Tote, vier Verdächtige gefasst" vom 28.08.2015

²¹ UNHCR via www.unhcr.de "Mittelmeer: Statistik des Schreckens" vom 02.10.2014

²² Norddeutscher Rundfunk via www.ndr.de "Das große Geschäft mit der Flucht" vom 15.06.2015

²³ DIE WELT via www.welt.de "Warum Deutschland so wenige Asylbewerber abschiebt" vom 22.03.2015

²⁴ fr via www.fr-online.de "Immer mehr Abschiebungen" vom 28.08.2015

²⁵ BAMF Asylgeschäftsstatistik 7/15 S.4

²⁶ fr via www.fr-online.de "Immer mehr Abschiebungen" vom 28.08.2015

²⁷ FOCUS via www.focus.de "Gerichte wanken unter Asylklagen-Flut: "Viele erscheinen nicht mal zu ihrem Termin"" vom 19.08.2015

²⁸ DIE WELT via www.welt.de "Warum Deutschland so wenige Asylbewerber abschiebt" vom 22.03.2015

²⁹ Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB via www.dpolg-hessen.de "Flüchtlingspolitik muss sich schnell ändern" vom 20.08.2015

³⁰ FAZ via www.faz.net "Abschiebung - Die Kehrseite der Willkommenskultur" vom 23.08.2015

Wir fordern von der Landesregierung eine adäquate Aufstockung der personellen Kapazitäten und eine zügige Organisation der ausstehenden Abschiebungen, um der Bundespolizei den Vollzug derselben zu ermöglichen.

7. Einwirkung auf die Bundes- und Europaebene zur Weiterentwicklung des Asylbewerberleistungsgesetzes, zur Weiterentwicklung des Dublin-Verfahrens und zum Aussetzen des Schengen-Abkommens

Während des Aufenthalts in der Erstaufnahme erhält jeder Asylsuchende neben den für ihn aufgebrauchten Unterbringungskosten und direkt an ihn erteilten Sachleistungen 140,-€ an Bargeld pro Monat.³¹ Bei längerem Aufenthalt nach der Erstaufnahme steigt die Höhe dieser Geldleistung nahezu auf ALG-II- Niveau.³² Dies stellt vor allem deswegen ein Problem dar, weil schon die monatliche Zuwendung in der Erstaufnahme das Durchschnittsgehalt in den Herkunftsländern, insbesondere der Balkanstaaten, weit übersteigt.³³ Vor dem Hintergrund der mangelhaften Abschiebepaxis stellt dies einen starken Anreiz für die illegale Einreise aus den Balkanstaaten auch in unser Bundesland dar.³⁴

Insbesondere darf nicht übersehen werden, dass hier Gelder in Millionenhöhe unberechtigt ausbezahlt werden, die eigentlich für Asylberechtigte vorgesehen sind. Die verfehlte Praxis geht hier auch zu Lasten der tatsächlich Hilfsbedürftigen und Verfolgten.

Wir fordern die Landesregierung auf, über den Bundesrat und über ihre Vertretung in Berlin für eine zügige Weiterentwicklung des erst reformierten Asylbewerberleistungsgesetzes zu sorgen.

Durch die Dublin-III-Verordnung wurde das so genannte Dublin-Verfahren im Jahr 2013 um wesentliche Punkte ergänzt. Offenkundig ist aber auch diese Reform, gemessen an der Realität, unzulänglich gewesen. Insbesondere ist es immer noch kein Problem für Flüchtlinge über die Mittelmeeranrainer einfach in den Norden und damit auch nach Hessen zu kommen.³⁵ Auch ist in der öffentlichen Berichterstattung die Beihilfe von staatlichen Stellen in der Türkei und in Griechenland zu illegalen Weiterreise nach Deutschland eindrücklich dargestellt worden.³⁶

Wir fordern die Landesregierung auf, über die Vertretungen des Landes Hessen beim Bund und bei der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die Europäische Flüchtlingspolitik diese Probleme direkt angeht und einer umfassenden Lösung zuführt.

Anlässlich des G7-Gipfel 2015 setzte Deutschland das Schengen-Abkommen zeitweise außer Kraft, um Grenzkontrollen an seinen Außengrenzen zu ermöglichen.³⁷ Sowohl die Bundespolizei als auch die jeweiligen Innenminister waren von dem Erfolg dieser Maßnahme erstaunt.

³¹ § 3 Abs. 1 Nr.1 AsylbLG

³² § 3 Abs. 2 Nr.1 AsylbLG

³³ Beispielhaft: Auswärtiges Amt via www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kosovo/Wirtschaft_node.html

³⁴ FAZ via www.faz.net "Flucht aus Albanien - Ein Land ohne future" vom 24.08.2015

³⁵ FAZ via www.faz.net "Das schnelle Geld auf der Balkanroute" vom 29.08.2015

³⁶ FAZ via www.faz.net "Das schnelle Geld auf der Balkanroute" vom 29.08.2015

³⁷ DIE WELT via www.welt.de "Verschärfte Kontrollen vor G7-Gipfel in Bayern" vom 05.06.2015

In wenigen Tagen wurden so viele Schlepper, Autodiebe und sonstige Kriminelle von der Polizei - im wahrsten Sinne des Wortes- aus dem Verkehr gezogen, wie in den Monaten zuvor insgesamt.³⁸

Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, insbesondere die Schlepperbanden, und gegen illegale Einwanderung ist die Aufhebung des Schengenabkommens ein unerlässlicher Baustein.

Wir fordern die Landesregierung auf, im Bundesrat und über ihre Vertretung in Berlin gegenüber der Bundesregierung für diesen wichtigen Schritt zu werben und die Aufhebung des Abkommens durchzusetzen!

Frankfurt am Main, den 30.08.2015

Jochen Prinz

³⁸ JUNGE FREIHEIT via <https://jungefreiheit.de> "Grenzkontrollen: Polizei verhindert dutzende Straftaten" vom 30.05.2015

Quellenverzeichnis

1.

BAMF Asylgeschäftsstatistik 07/15 – Abrufbar ist das pdf- Dokument auf folgender Seite:

<http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/asylzahlen-node.html>

Weiterhin verwendet unter: (9) und (25)

2.

FAZ via www.faz.net "40.000 Asylanträge in Hessen erwartet" vom 29.04.2015

<http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/40-000-asylantraege-in-hessen-erwartet-13566829.html>

Erstellt am: 29.04.2015

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 – 21:00

Weiterhin verwendet unter: (3) und (4)

3.

Siehe unter (2)

4.

Siehe unter (2)

5.

DER TAGESSPIEGEL via www.tagesspiegel.de "Länder erwarten eine Million Flüchtlinge" vom 29.08.2015

<http://www.tagesspiegel.de/politik/asyl-in-deutschland-laender-erwarten-eine-million-fluechtlinge/12252568.html>

Erstellt am: 29.08.2015 - 23:06 Uhr

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 – 21:00

6.

Artikel 141 Abs.4 Satz 1 2.Variante der Verfassung des Landes Hessen

Artikel 141

(1) Der Haushalt ist ungeachtet der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung des Landtags und der Landesregierung grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen.

(2) Art. 137 Abs. 5 bleibt unberührt.

(3) Bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung kann von Abs. 1 abgewichen werden. In diesem Fall sind die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Abschwung symmetrisch zu berücksichtigen.

(4) Bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann von Abs. 1 abgewichen werden. Die Abweichung ist mit einer Tilgungsregelung zu verbinden. Die Kredite sind binnen eines angemessenen Zeitraums zurückzuführen.

(5) Das Nähere bestimmt das Gesetz.

7.

<https://finanzen.hessen.de/haushalt/hessische-schuldenbremse>

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

8.

DIE ZEIT via www.zeit.de "Der Feind im Wohnheim" vom 16.08.2014

<http://www.zeit.de/2014/32/fluechtlinge-deutschland-christen-verfolgung-muslime>

Erstellt am: 16.08.2014 – 15:40 Uhr

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

9.

Siehe unter (1)

10.

Landesamt für Verfassungsschutz

<https://lfv.hessen.de/extremismus/islamismus/islamismus-hessen-ein-ueberblick-aktueller-entwicklungen>

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

11.

Frankfurter Neue Presse via www.fnp.de "Salafistenhochburg: Frankfurt und Rhein-Main" vom 02.05.2015

<http://www.fnp.de/rhein-main/Salafistenhochburg-Frankfurt-und-Rhein-Main:art801,1380867>

Erstellt am: 2.5.2015

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

12.

Mitteldeutscher Rundfunk via www.mdr.de "Über 80 Prozent der Asylbewerber kommen ohne Ausweispapiere" vom 16.07.2015

http://www.mdr.de/nachrichten/asylbewerber-ohne-ausweis100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html

Erstellt am 16.07.2015 – 05:00 Uhr

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015

13.

DIE WELT via www.welt.de "Polizei kapituliert vor kriminellen Flüchtlingskindern" vom 30.11.2014
<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article134823100/Polizei-kapituliert-vor-kriminellen-Fluechtlingskindern.html>

Erstellt am: 30.11.2014

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 - 21:00

14.

Thüringer Allgemeine via www.thueringer-allgemeine.de "Massenschlägerei im Flüchtlingsheim Suhl: Fußballspiel geriet außer Kontrolle" vom 03.08.2015
<http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Massenschlaegerei-im-Fluechtlingsheim-Suhl-Fussballspiel-geriet-ausser-Kontroll-649861022>

Erstellt am: 03.08.2015

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 - 21:00

15.

Rundfunk Berlin Brandenburg via www.rbb-online.de "Flüchtlinge wegen Steinwürfen vor Gericht" vom 07.04.2015
<http://www.rbb-online.de/politik/thema/fluechtlinge/berlin/prozess-koerperverletzung-steinwuerfe-bewohner-gerhart-hauptmann-schule-kreuzberg.html>

Erstellt am: 07.04.2015

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 – 21:00

16.

DER SPIEGEL via www.spiegel.de "Wiesbaden: Frauenleiche in Asylbewerberheim entdeckt" vom 12.08.2015
<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/wiesbaden-junge-frau-in-asylbewerberheim-getoetet-a-1047855.html>

Erstellt am: 12.08.2015 – 17:37 Uhr

Zuletzt abgerufen am: 30.08.2015 – 21:00

17.

Süd-West-Rundfunk via www.swr.de "Asylbewerber wegen Drogenhandels verhaftet" vom 11.05.2015
<http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/grossrazzien-im-land-asylbewerber-wegen-drogenhandels-verhaftet/-/id=1622/did=15510142/nid=1622/14nrphw/>

Erstellt am: 11.05.2015 – 11:30 Uhr

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

18.

Süddeutsche Zeitung via www.sueddeutsche.de "Routen der Hoffnung, Wege der Verzweifelten" vom 19.04.2015
<http://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-fluechtlingspolitik-routen-der-hoffnung-wege-der-verzweifelten-1.2259006>

Erstellt am: 19.04.2015 – 13:22 Uhr

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00

19.

FAZ via www.faz.net "Schlepper auf der Balkanroute - Die gefährlichste Reiseroute der Welt" vom 28.08.2015
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schlepper-auf-der-balkanroute-die-gefaehrlichste-reiseroute-der-welt-13774141.html>

Erstellt am: 28:08.2015

Zuletzt agerufen: 30.08.2015 – 21:00

20.

Tagesschau via www.tagesschau.de "Österreich nach dem Flüchtlingsdrama - 71 Tote, vier Verdächtige gefasst" vom 28.08.2015
<http://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-oesterreich-109.html>

Erstellt am: 28:08.2015 - 17:47 Uhr

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

21.

UNHCR via www.unhcr.de "Mittelmeer: Statistik des Schreckens" vom 02.10.2014
http://www.unhcr.de/no_cache/detail/artikel/artikel/-/baaf86cb9e.html

Erstellt am: 02.10.2014

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

22.

Norddeutscher Rundfunk via www.ndr.de "Das große Geschäft mit der Flucht" vom 15.06.2015
<http://www.ndr.de/info/Das-grosse-Geschaeft-mit-der-Flucht-nach-Europa.audio246504.html>
Erstellt am: 15.06.2015 – 20:30
Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

23.

DIE WELT via www.welt.de "Warum Deutschland so wenige Asylbewerber abschiebt" vom 22.03.2015
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article138669557/Warum-Deutschland-so-wenige-Asylbewerber-abschiebt.html>
Erstellt am: 22.03.2015
Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr
Weiterhin verwendet unter: (28)

24.

fr via www.fr-online.de "Immer mehr Abschiebungen" vom 28.08.2015
<http://www.fr-online.de/zuwanderung-in-rhein-main/asylbewerber-in-hessen-immer-mehr-abschiebungen.24933504,31618308.html>
Erstellt am 28:08.2015
Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr
Weiterhin verwendet unter: (26)

25.

Siehe unter: (1)

26.

Siehe unter: (24)

27.

FOCUS via www.focus.de "Gerichte wanken unter Asylklagen-Flut: "Viele erscheinen nicht mal zu ihrem Termin"" vom 19.08.2015
http://www.focus.de/politik/deutschland/folgen-schneller-abschiebung-asylklagen-verwaltungsgerichte-werden-der-flut-kaum-noch-herr_id_4888231.html
Erstellt am: 19.08.2015
Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

28.

Siehe unter: (23)

29.

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB via www.dpolg-hessen.de "Flüchtlingspolitik muss sich schnell ändern" vom 20.08.2015
<http://www.dpolg-hessen.de/aktuelles/1109-fluechtlingspolitik-muss-sich-schnell-aendern-hessen-polizei-dpolg.html>
Erstellt am: 20.08.2015
Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

30.

FAZ via www.faz.net "Abschiebung - Die Kehrseite der Willkommenskultur" vom 23.08.2015
http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/abschiebung-die-kehrseite-der-willkommenskultur-13763895.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2
Erstellt am: 23.08.2015
Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

31.

§ 3 Abs. 1 Nr.1 AsylbLG

(1) Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird bei einer Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen im Sinne von § 44 des Asylverfahrensgesetzes durch Sachleistungen gedeckt. Kann Kleidung nicht geleistet werden, so kann sie in Form von Wertgutscheinen oder anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen gewährt werden. Gebrauchsgüter des Haushalts können leihweise zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich erhalten Leistungsberechtigte monatlich einen Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens (Bargeldbedarf). Der Bargeldbedarf beträgt für

1. **alleinstehende Leistungsberechtigte 140 Euro,**
2. *zwei erwachsene Leistungsberechtigte, die als Partner einen gemeinsamen Haushalt führen, je 126 Euro,*
3. *weitere erwachsene Leistungsberechtigte ohne eigenen Haushalt je 111 Euro,*

4. sonstige jugendliche Leistungsberechtigte vom Beginn des 15. und bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 83 Euro,
 5. eistungsberechtigte Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 90 Euro,
 6. leistungsberechtigte Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 82 Euro.
- Der individuelle Bargeldbedarf für in Abschiebungs- oder Untersuchungshaft genommene Leistungsberechtigte wird durch die zuständige Behörde festgelegt, wenn der Bedarf ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist.

32.

§ 3 Abs. 2 Nr.1 AsylbLG

(2) Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen im Sinne des § 44 des Asylverfahrensgesetzes sind vorbehaltlich des Satzes 4 vorrangig Geldleistungen zur Deckung des notwendigen Bedarfs nach Absatz 1 Satz 1 zu gewähren. Der notwendige Bedarf beträgt monatlich für

1. **alleinstehende Leistungsberechtigte 212 Euro,**
2. zwei erwachsene Leistungsberechtigte, die als Partner einen gemeinsamen Haushalt führen, je 190 Euro,
3. weitere erwachsene Leistungsberechtigte ohne eigenen Haushalt je 170 Euro,
4. sonstige jugendliche Leistungsberechtigte vom Beginn des 15. und bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 194 Euro,
5. leistungsberechtigte Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 154 Euro,
6. leistungsberechtigte Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 130 Euro.

Anstelle der Geldleistungen können, soweit es nach den Umständen erforderlich ist, zur Deckung des notwendigen Bedarfs Leistungen in Form von unbaren Abrechnungen, von Wertgutscheinen oder von Sachleistungen gewährt werden. Der Bedarf für Unterkunft, Heizung und Hausrat wird gesondert als Geld- oder Sachleistung erbracht. Absatz 1 Satz 3 bis 6 ist entsprechend anzuwenden.

33.

Beispielhaft: Auswärtiges Amt via www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kosovo/Wirtschaft_node.html

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kosovo/Wirtschaft_node.html

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

34.

FAZ via www.faz.net "Flucht aus Albanien - Ein Land ohne future" vom 24.08.2015

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/warum-albaniens-bevoelkerung-fluechtet-land-ohne-zukunft-13763436.html>

Erstellt am: 24.08.2015

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

35.

FAZ via www.faz.net "Das schnelle Geld auf der Balkanroute" vom 29.08.2015

http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/das-schnelle-geld-auf-der-balkanroute-wie-kam-es-zum-fluechtlingsdrama-in-oesterreich-13774117.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

Erstellt am: 29.08.2015

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

Weiterhin verwendet unter: (36)

36.

Siehe unter: (35)

37.

DIE WELT via www.welt.de "Verschärfte Kontrollen vor G7-Gipfel in Bayern" vom 05.06.2015

<http://www.welt.de/newsticker/news1/article142015016/Verschaerfte-Kontrollen-vor-G7-Gipfel-in-Bayern.html>

Erstellt am: 05.06.2015

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr

38.

JUNGE FREIHEIT via <https://jungefreiheit.de> "Grenzkontrollen: Polizei verhindert dutzende Straftaten" vom 30.05.2015

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/grenzkontrollen-polizei-verhindert-dutzende-straftaten/>

Erstellt am: 30.05.2015

Zuletzt abgerufen: 30.08.2015 – 21:00 Uhr